JUDU
JUNGES DUISBURG
Fraktion im Rat

NEUES AUS DER FRAKTION · NOVEMBER 2026

HAUSHALT 2027/2028 · HSK BIS 2037

Hier haben Kinder eine Stimme.

Unsere Ergebnisse aus den Haushaltsverhandlungen 2027/2028

Liebe Leserinnen und Leser,

„Kinder sind unsere Zukunft“, heißt es oft. Wenn über Einsparungen entschieden wird, können sie ihre Interessen jedoch nicht selbst am Verhandlungstisch vertreten. Gerade deshalb haben wir in den Haushaltsberatungen sehr genau hingesehen: Was bedeutet eine Kürzung für Kinder, für Familien und für diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind?

Unser Anspruch war nicht, alles beim Alten zu lassen. Duisburg muss sparen und wirtschaftlicher werden. Aber wer Verantwortung übernimmt, muss auch entscheiden, wo nicht zuerst gespart werden darf. Mit dieser Haltung sind wir in die Verhandlungen mit SPD und CDU gegangen und haben wichtige gemeinsame Ergebnisse erzielt.

> **Kinder haben nicht die lauteste Lobby. Aber sie haben uns.**

In der gemeinsamen Verständigung sollen 35 geplante HSK-Maßnahmen entfallen, weitere Vorschläge werden verändert. Das ist noch kein beschlossener Haushalt. Es zeigt aber, welche Schwerpunkte wir in den Verhandlungen setzen konnten.

Beste Grüße

Frederik Engeln
Fraktionsvorsitzender



UNSERE VERHANDLUNGSBILANZ

35
HSK-Vorschläge sollen entfallen

Weitere Maßnahmen gezielt verändert
von Kinderbetreuung und Transparenz bis zu Kultur, Verkehr und Stadtteilen

UNSER SCHWERPUNKT: KINDER UND FAMILIEN

Bei Kindern wird nicht zuerst gespart

Der Offene Ganztag gehört für viele Familien zum Alltag. Die im HSK vorgesehene zusätzliche Belastung durch höhere OGS-Elternbeiträge soll deshalb nicht kommen. Auch die geplanten Erhöhungen bei weiteren Elternbeiträgen, der Kindertagespflege und der Stadtranderholung haben wir gemeinsam zurückgewiesen.

Gleiches gilt für Angebote, die gerade Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf brauchen: Der Schülerspezialverkehr, die Notbetreuungsfahrten zur Förderschule am Rönsbergshof und das Sprachförderprogramm sollen nicht den Sparvorgaben zum Opfer fallen. Auch die vorgesehene Erhöhung der Musikschulentgelte soll entfallen.

Verlässliche Betreuung und Bildung sind für uns keine Nebensache. Sie entscheiden darüber, welche Chancen Kinder in unserer Stadt haben und wie gut Familien ihren Alltag bewältigen können.

BILDUNG UND STADTTEILE

Unsere Bibliotheksstandorte sollen erhalten bleiben

Auch die geplante Konsolidierung der Duisburger Bibliotheksstandorte soll vom Tisch. Darauf haben wir in den Haushaltsverhandlungen gemeinsam hingewirkt.

Bibliotheken sind viel mehr als Orte, an denen man Bücher ausleiht. Sie eröffnen Kindern den Zugang zum Lesen, bieten Schülerinnen und Schülern Raum zum Lernen und ermöglichen Bildung und Begegnung unabhängig vom Geldbeutel.

Gerade in den Stadtteilen sind diese Angebote wichtig. Wer bei Bildung und Teilhabe sparen will, sollte nicht zuerst die Orte schließen oder zusammenlegen, an denen beides für alle zugänglich ist.

TRANSPARENZ STATT RÜCKZUG

Der Livestream aus dem Rat soll bleiben

Einer der HSK-Vorschläge sah vor, die Liveübertragung der Ratssitzungen einzustellen. Diesen Vorschlag wollen SPD, CDU und Junges Duisburg gemeinsam streichen.

Gerade wenn im Rat über schwierige Entscheidungen gesprochen wird, sollen Bürgerinnen und Bürger weiterhin von zu Hause aus mitverfolgen können, wie argumentiert und entschieden wird. Das ist keine verzichtbare Spielerei, sondern gelebte Transparenz und eine Forderung aus unserem Wahlprogramm.

VERKEHRSSICHERHEIT

Blitzer sollen schützen – nicht abkassieren

Zwei zusätzliche Messfahrzeuge und drei Messanhänger sind im HSK vorgesehen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass diese zusätzlichen Geräte gezielt dort eingesetzt werden, wo zu schnelles Fahren besonders gefährlich ist: im unmittelbaren Umfeld von Schulen und Kitas sowie an dokumentierten Raserschwerpunkten, etwa auf betroffenen Abschnitten der B8.

Wer rast und andere gefährdet, muss kontrolliert werden. Aber die Auswahl der Standorte darf nicht danach erfolgen, wo sich möglichst hohe Bußgeldeinnahmen erzielen lassen. Für uns zählt die Sicherheit – nicht das Abkassieren der Bürgerinnen und Bürger.

STADTTEILE UND EINZELHANDEL

Parken muss mit Augenmaß geregelt werden

Eine zusätzliche Parkraumbewirtschaftung in unseren Stadtteilzentren soll vermieden werden. Deshalb haben wir gemeinsam eine Reduzierung des für 2037 vorgesehenen Konsolidierungsbeitrags um 1,25 Millionen Euro gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag vereinbart.

Wer die Stadtteilzentren stärken will, darf ihre Erreichbarkeit nicht unnötig erschweren. Dort, wo tatsächlich hoher Parkdruck besteht, kann eine gezielte Bewirtschaftung sinnvoll sein. Flächendeckende Mehrbelastungen sind es nicht.

SOZIALE INFRASTRUKTUR

Beratung erhalten, statt Probleme zu verschärfen

Geplante Kürzungen bei zahlreichen Beratungsstellen sollen entfallen – unter anderem in der Sucht- und Krebsberatung, der psychosozialen Unterstützung sowie der Schwangerschafts- und Familienberatung. Diese Angebote sind für viele Menschen unverzichtbare Hilfen im Alltag.

Für die 23 Begegnungs- und Beratungszentren sind in der gemeinsamen Verständigung zudem 60.000 Euro zusätzlich pro Jahr ab 2027 vorgesehen. Auch der Seniorenbeirat soll mit einem jährlichen Budget von 5.000 Euro erhalten bleiben. Eine Stadt, in der sich Jung und Alt auf Unterstützung verlassen können, bleibt unser Maßstab.

DROGENHILFE UND HAUSHALTSVERANTWORTUNG

Drogenkonsumraum: Unsere Haltung bleibt klar

In unserem Wahlprogramm haben wir uns für mobile Hilfsangebote ausgesprochen. Diese halten wir weiterhin für die bessere Lösung. Die Einrichtung eines stationären Drogenkonsumraums wurde vom Rat allerdings bereits beschlossen.

Im gemeinsamen Haushaltsentwurf sollen ab 2027 jährlich weitere 360.000 Euro bereitgestellt werden, um bislang nicht berücksichtigte Mietkosten sowie Tarif- und allgemeine Kostensteigerungen abzudecken. Wir tragen diese Finanzierung eines bereits beschlossenen Projekts im Rahmen der gemeinsamen Haushaltsvereinbarung mit. Das bedeutet nicht, dass wir unsere ursprüngliche Position aufgeben. Wichtig bleibt für uns, dass die Hilfen tatsächlich wirken und die Auswirkungen auf das Umfeld sorgfältig berücksichtigt werden. Die Bereitstellung dieser Mittel bedeutet nicht, dass sie automatisch abgerufen werden. Ob der Drogenkonsumraum tatsächlich in Betrieb geht, ist noch offen. Sollte er kommen, haben wir erreicht, dass seine Wirksamkeit nach einem Jahr evaluiert wird.

KULTUR FÜR ALLE

Philharmoniker und Duisburger Akzente haben eine Zukunft

Die geplante Erhöhung der Eintrittspreise der Duisburger Philharmoniker soll von 15 auf 10 Prozent begrenzt werden. Zugleich haben wir vereinbart, dass die Sparvorgaben den Status des A-Orchesters nicht gefährden dürfen.

Für die Duisburger Akzente soll 2028 ein neues Konzept entstehen. Ab 2030 sollen sie im Zweijahresrhythmus stattfinden. So bleibt ein prägendes Kulturangebot erhalten und wird zugleich neu ausgerichtet.

SOLIDE FINANZEN

Verantwortung heißt auch: anders und besser wirtschaften

Nicht jede Kürzung ist eine gute Einsparung. Deshalb gehört zu den gemeinsamen Vorschlägen auch eine neue Maßnahme, mit der die Schulhausmeisterdienste wirtschaftlicher organisiert werden sollen – durch bessere Abläufe, digitale Steuerung und eine bedarfsgerechte Einsatzplanung.

Wir wollen keine Politik, die bloß Sparbeträge addiert. Wir wollen einen Haushalt, der öffentliche Mittel verantwortungsvoll einsetzt und Angebote schützt, die für die Stadtgesellschaft wichtig sind. Das Förderprogramm „Mehr Grün“ soll beispielsweise mit jährlich 150.000 Euro fortgeführt werden.

WAS UNS ANTREIBT

Unser Wahlprogramm ist kein Prospekt für die Schublade

Bezahlbare Kinderbetreuung, moderne Schulen, transparente Entscheidungen, sichere Straßen und eine Stadt, die mit dem Geld ihrer Bürger sorgfältig umgeht: Das haben wir vor der Wahl vertreten. Daran lassen wir uns auch bei den Haushaltsentscheidungen messen.

Nicht alles ist erreicht. Aber unsere Handschrift ist in der gemeinsamen Verständigung an vielen Stellen erkennbar.

Unser Wahlprogramm 2025 lesen

Die nächsten Schritte

Wie geht es weiter? Die gemeinsame politische Verständigung steht, die Beschlussfassung aber noch aus. Der Haupt- und Finanzausschuss berät am 16. November; die Entscheidung im Rat ist für den 23. November 2026 vorgesehen.

Wir werden darauf achten, dass die vereinbarten Änderungen umgesetzt werden. Und wir werden auch offen benennen, wo wir in weiteren Beratungen noch um Verbesserungen ringen müssen.

Haben Sie Fragen zu unseren Haushaltspositionen oder Anregungen aus Ihrem Stadtteil? Wir freuen uns über Ihre Nachricht.

Aktuelles auf unserer Website lesen

Ihre Meinung ist uns wichtig.

Schreiben Sie uns an info@judu-fraktion.de.

Junges Duisburg-Fraktion im Rat der Stadt Duisburg
Kuhlenwall 12 · 47051 Duisburg
Inhaltlich verantwortlich: Frederik Engeln
info@judu-fraktion.de · judu-fraktion.de

Impressum · Datenschutz · Newsletter abbestellen